

# Saarbrücker Zeitung

[Home](#) > [Saarland](#) > [Saarbrücken](#) > [Korruptionsverdacht im Stadtrat Saarbrücken: Martin Welker im Visier der Ermittler](#)



**SZ+** Schwere Vorwürfe

## „Totaler Bullshit“ – Das sagt „Die Fraktion“ zum Korruptionsverdacht im Saarbrücker Stadtrat

**Saarbrücken** · Wurden für die umstrittene Erweiterung der Saarbrücker Fußgängerzone im Stadtrat Stimmen gekauft? Der unglaubliche Verdacht steht im Raum, die Staatsanwaltschaft ermittelt. Jetzt rückt auch der umstrittene Martin Welker ins Visier der Ermittler.

19.04.2023 , 12:51 Uhr · 6 Minuten Lesezeit



Oberbürgermeister Uwe Conradt enthüllte am Dienstag das Schild für die neue Fußgängerzone. Pünktlich zur Eröffnung informierte die Generalstaatsanwaltschaft über Ermittlungen wegen Bestechungsvorwürfen gegen zwei Stadtratsmitglieder.

Foto: BeckerBredel



Von **Thomas Schäfer**  
Reporter

**Update vom 19. April, 10.27 Uhr:** Wer soll die beiden Mitglieder der Stadtratsfraktion „Die Fraktion“ bestochen haben? Nach Informationen der SZ rückt jetzt der freigestellte Geschäftsführer der städtischen GIU, Martin Welker, ins Visier der Ermittler.

Welker bestreitet die Vorwürfe gegenüber der Saarbrücker Zeitung. Michael Franke, einer der beiden Beschuldigten aus der Stadtratsfraktion der Satire-Partei „Die Partei“, widerspricht ebenfalls vehement. Zu den Mutmaßungen, die bereits

am Dienstag kursierten, wonach „Die Fraktion“ von Welker kontaktiert worden sei, der so möglicherweise ein wichtiges Projekt des Oberbürgermeisters retten wollte, sagte er der SZ: „Wir sind auch nicht von Herrn Welker angesprochen worden. Wir wüssten auch nicht, warum er das tun sollte. Wir hatten mit Herrn Welker keinen Kontakt.“

Martin Welker ist freigestellter GIU-Geschäftsführer.

Foto: BeckerBredel

### ***Ursprungsmeldung:***

Wer keine Vorstellung davon hat, was die beiden Politiker der Satire-Partei „Die Partei“, die als „Die Fraktion“ im Stadtrat sitzen, den lieben langen Tag anstellen, kann das zum Beispiel einem Antrag für die Haushaltssitzung im vergangenen Dezember entnehmen.

### **Die Anträge der „Fraktion“ im Saarbrücker Stadtrat**

Der Fraktionsvorsitzende Sven Sonnhalter und sein Stellvertreter Michael Franke fordern darin unter anderem die Überdachung der Saar zwischen Ost- und Westspange, „um sie künftig besser vor Regen zu schützen“, den Kauf und die Sprengung des Karstadtgebäudes für 50 Millionen Euro und die Anschaffung von 100 schwarzen Koffern mit den Initialen des Oberbürgermeisters, um „Rechnungen für Bauprojekte auch bar bezahlen zu können“. Ein weiterer Vorschlag: „Um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern, werden ab 2023 alle Züge der Saarbahn mit Bordrestaurants ausgestattet.“

Der Antrag wurde, oh Wunder, vom restlichen Stadtrat abgelehnt. Und es dürfte klargeworden sein, wie ungefähr das Niveau der politischen Arbeit der „Fraktion“ aussieht. Sie liegt deutlich in der Tradition von Roberto Blanco: Ein bisschen Spaß muss sein...

## Durchsuchungsbeschlüsse der Generalstaatsanwaltschaft

Jetzt aber hört der Spaß auf. Höchstwahrscheinlich zumindest. Denn ganz sicher sein kann man sich wieder nicht, obwohl die Generalstaatsanwaltschaft Saarbrücken involviert ist. Sie verschickte am Dienstag um exakt 11.11 Uhr eine äußerst brisante Pressemitteilung. Titel: „Vollstreckung von Durchsuchungsbeschlüssen wegen des Verdachts der Bestechlichkeit von Mitgliedern einer Stadtratsfraktion der Landeshauptstadt Saarbrücken“.

## Hauchdünne Ratsmehrheit für Erweiterung der Fußgängerzone

Die Staatsanwaltschaft ermittelt demnach gegen die beiden Mitglieder der „Fraktion“, Sonnhalter und Franke. Konkret bestehe nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen der Anfangsverdacht, dass im Vorfeld der Sitzung des Stadtrates vom 19. Juli 2022 „mittels Zahlung eines Geldbetrages“ die Zustimmung der beiden zur Erweiterung der Fußgängerzone rund um den St. Johanner Markt erreicht wurde. Für die Erweiterung gab es in geheimer Abstimmung tatsächlich eine hauchdünne Mehrheit von 31 Ja-Stimmen zu 29 Nein-Stimmen.

Michael Franke von „Die Fraktion“ im Stadtrat.  
Foto: BeckerBredel

Offenbar ist sich die Staatsanwaltschaft so sicher, dass da etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen sein muss, dass sie am Dienstag die Büros der „Fraktion“ im Rathaus sowie die Wohnungen der beiden Beschuldigten durchsuchen ließ. Dabei seien auch „elektronische Datenträger sichergestellt“ worden. Zugleich wies Oberstaatsanwalt Mario Krah auf die Unschuldsvermutung hin.

## Gab es eine Anzeige gegen die beiden Politiker?

Die Beschuldigten hätten sich zum Tatvorwurf „bislang nicht geäußert“, teilte die Staatsanwaltschaft weiter mit. Sie macht auf SZ-Nachfrage keine weiteren Angaben zur Sache. Etwa zur Frage, wer die beiden womöglich bestochen haben

könnte, gegen wen also wegen des Verdachts der Bestechung ermittelt wird. Auch blieb die Frage unbeantwortet, ob es eine Anzeige gegen die beiden Politiker gab.

Zuletzt aktualisiert: 18.04.2023

In einer ersten Reaktion erklärte die „Fraktion“, die Staatsanwaltschaft verwechsle offenbar „Die Fraktion“ mit der FDP, und es sei „eine Frechheit, dass man behauptet, wir würden unsere Stimme für nur 800 Euro verscherbeln“, so Michael Franke.

### **Alles nur ein großer Spaß?**

In einem mehrminütigen Telefongespräch mit unserer Zeitung äußerte sich Franke – anders als gegenüber der Staatsanwaltschaft – dann doch ausführlich zu dem Fall, der so viele offene Fragen hinterlässt. Unter anderem: Wer geht das Risiko eines Bestechungsversuchs für die Erweiterung einer Fußgängerzone ein? Wer ist so kühn, dafür Spaß-Politiker anzusprechen? Und „nur“ 800 Euro zu bezahlen? Warum macht die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen nur 50 Minuten vor der offiziellen Eröffnung der Fußgängerzone öffentlich? Zufällig ausgerechnet um 11.11 Uhr? Oder ist doch alles nur ein großer Spaß?

Michael Franke wirkt im SZ-Gespräch sehr ernst. Er versichert glaubhaft, dass er vom Vorgehen der Staatsanwaltschaft „sehr überrascht“ sei. Dann legt er los: „Uns hat niemand bestochen, wir haben kein Geld angenommen. Das ist totaler Bullshit. Nix davon ist wahr, das wird sich sehr schnell herausstellen.“ Er und sein Kollege seien „natürlich nicht“ bestochen worden, wiederholt er: „Wir wissen nicht, wo dieser Quatsch herkommt.“

## „Lächerliche Ermittlungen“

Man sei von den „lächerlichen Ermittlungen“ getroffen, müsse sich „zunächst sammeln“. Die Ermittlungen und speziell die Hausdurchsuchungen bei zwei Stadtverordneten seien überhaupt nicht verhältnismäßig, so Franke. Sie beruhten offensichtlich auf einer Aussage „von irgendeiner Person, die uns wohl nicht wohlgesinnt ist“. Man sei selbst gespannt, wie es nun weitergehe. Ein Anwalt sei eingeschaltet und man sei sich „ganz sicher“, dass die Ermittlungen „nichts ergeben“ werden. Außer: „Wir werden hoffentlich herausfinden, wer uns da mit einer Falschaussage belasten möchte.“

Büro und Wohnungen durchsucht

**Ermittlungen wegen Bestechlichkeit gegen zwei Mitglieder des Stadtrats Saarbrücken**



Erweiterung wird zum Kriminalfall

**Saarbrückens Fußgängerzone ist jetzt deutlich größer - Ermittlungen gegen Stadträte (Fotos)**

Im Laufe des Tages aufkommenden Mutmaßungen zu Personen, die der „Fraktion“ Bestechungsgeld angeboten haben könnten, widersprach Franke vehement.

### **Abstimmung in entscheidender Stadtratssitzung war geheim**

Franke erinnerte während des Telefonats daran, dass in der besagten Stadtratssitzung von der CDU eine geheime Abstimmung beantragt worden sei und betonte: „Wir waren vom ersten Tag bis zum heutigen Tag gegen die Erweiterung der Fußgängerzone. Das kann man in den Niederschriften des Rates nachlesen.“

Ist es jetzt eine Satire-Aktion oder nicht? „Sie glauben, wir haben das initiiert?“, fragt Franke und gibt die Antwort selbst: „Wir hätten das wesentlich besser initiiert.“ Ganz am Ende, mit dem allerletzten Satz lässt er dann doch Zweifel an allem aufkommen, was er zuvor gefühlt ehrlich erklärt hat: „Okay, dann sage ich Ihnen das jetzt und lege auf: Es ist tatsächlich ein ganz großer Schwindel. Vielen Dank für Ihr Interesse.“

Alles nur Spaß? Das werden die nächsten Tage und Wochen zeigen. Die Pressestelle der Stadt reagierte in knappen Worten auf das undurchsichtige Geschehen. Kernbotschaft: Räume der Stadtverwaltung seien nicht untersucht worden, es werde „ausdrücklich nicht gegen Beschäftigte der Landeshauptstadt ermittelt“.



Verschenken sie diesen Artikel an andere, die sich für das Thema interessieren. Einfach persönlichen Link kopieren und weiterleiten. Der Artikel kann dann gratis gelesen werden.

[Link kopieren](#)